Herr Mittermeier erteilt Herr Strack das Wort. Herr Strack gibt zur Erläuterung des Sachverhalts das Wort an Frau Schneider weiter. Frau Schneider erläutert kurz den Inhalt des Prüfberichtes und erklärt, dass dort Feststellungen und Empfehlungen ausgesprochen wurden, die keine Verpflichtung zur Umsetzung mit sich bringen. Weiter berichtet sie, dass fast alle Empfehlungen aus dem Prüfbericht umgesetzt worden sind. Sie erklärt, dass eine einheitliche Beitragssatzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für alle Grundschulen für die 8-1 und 13+ Betreuung nach dem Muster der OGS Satzung nicht umgesetzt wurde und dies auch von Seiten der Gemeinde Eitorf nicht geplant ist. Sollte jedoch eine übergeordnete Behörde dies vorschreiben, wird die Umsetzung erfolgen. Frau Schneider erläutert, dass es 4 Grundschulen mit Betreuungsangeboten in Eitorf gebe. Grundschulen Alzenbach (8-1 u. 13+) und Eitorf (8-1 u. OGS) wird diese durch die Gemeinde Eitorf selbst angeboten. Bei den Grundschulen Harmonie und Mühleip bieten Betreuungsvereine dies an. Es werden kostendeckende Elternbeiträge erhoben, als Beispiel führt sie die Grundschule Alzenbach an. Dort werden für die Betreuung 13 Plus 25,00 € pro Monat erhoben und zum Jahresende erfolgt eine Abrechnung. Diese entscheidet dann über eine Erstattung oder eine Nachzahlung. Eine einheitliche Beitragssatzung würde ein hohes unkalkulierbares Risiko mit sich bringen, vor allem auch für die Betreuungsvereine, da eine Satzung analog zur OGS für alle Schulen eine soziale Einkommensstaffelung bedeuten würde, bei der einige Eltern gar nichts zahlen und andere bis zu 150 Euro mtl. Es hängt dann von der Zahlungsfähigkeit der Eltern ab, ob eine Kostendeckung erreicht werden kann. Herr Strack verdeutlicht noch einmal, dass es sich um eine Empfehlung handelt, die von der Gemeinde Eitorf nicht umgesetzt werden soll. Herr Hasselbach merkt an, dass eine fehlende Rechtssicherheit vorhanden sei. Herr Strack bejaht dies, weist aber darauf hin, dass als Kläger nur die Eltern selbst in Frage kommen. Bei einer einheitlichen Beitragssatzung würden sich die Meisten, wenn nicht sogar alle, Eltern schlechter stehen, weshalb ein Klageverfahren sehr unwahrscheinlich sei. Die fehlende Rechtssicherheit sei unbefriedigend, jedoch ist dies bekannt. Herr Hasselbach verweist darauf, dass diese Situation nicht in Ordnung sei. Herr Strack und Frau Schneider bejahen dies. Frau Schneider weist darauf hin, dass die Rechtslage in Bezug auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Satzung ohnehin unklar ist. Herr Fürst fragt nach, ob die Gemeinde Eitorf durch diese Erklärungen auf der sicheren Seite sei. Frau Schneider berichtet, dass es weitere Kommunen gibt, die in der gleichen Situation sind und auch keine Änderungen vor haben. Frau Kau möchte wissen, ob schon immer so verfahren werde. Dies wird durch Frau Schneider bejaht.

Herr Hasselbach möchte die Summe der nicht förderfähigen Kosten in Höhe von 13.958 € näher erklärt haben. Herr Strack erläutert, dass nach NKF eine Vollkostenrechnung geführt werden muss. Bei diesem Betrag handelt es sich um die Kosten aus den internen Verrechnungen (z. B. Personalaufwendungen für die Arbeitsstunden in der Verwaltung). Diese werden nicht durch Zuschüsse finanziert.

Herr Hasselbach erfragt weiter, dass nach Bewilligungsbescheid in den Schulen in geeigneter Form auf die Bundesförderung hinzuweisen ist. Frau Schneider erklärt, dass dieser Hinweis bereits erfolgt war. Bei Renovierungsarbeiten wurde das Hinweisschild abgenommen und vergessen wieder aufzuhängen. Der Mangel wurde während der Prüfung bereits behoben. Herr Hasselbach bittet um Erläuterung, ob Konsequenzen zu erwarten sind in Form von Kürzungen der Bundesmittel. Frau Schneider verneint dies, da der Hinweis bereits wieder erfolgt ist und die restlichen Punkte nur Empfehlungen sind. Herr Strack erklärt, dass das Verfahren nach Kenntnisnahme durch den Rechnungsprüfungsausschuss und den Rat der Gemeinde Eitorf das Verfahren abgeschlossen sei. Herr Fürst fragt, ob das Hinweisschild diese hohe Wichtigkeit inne hat. Herr Strack bejaht dies, und verweist auf ähnliche Auflagen aus dem

Konjunkturpaket II. Konsequenz eines fehlenden Hinweisschildes wäre eine teilweise Rückzahlung der Fördermittel.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendet Herr Mittermeier die Beratung dieses TOP und stellt fest, dass der Rechnungsprüfungsausschuss Kenntnis genommen hat und weiter den Rat informiert.

Anmerkung der Verwaltung: Laut Vorlage sollte die Unterrichtung des Rates am 08.12.2014 erfolgen, dies wird verschoben auf die Sitzung am 09.02.2015. Dort wird es einen entsprechenden TOP geben.